

**Zeitschrift:** ZeitBild  
**Herausgeber:** Schweizerisches Ost-Institut  
**Band:** 30 (1989)  
**Heft:** 6

**Rubrik:** Mitteilungen

### **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

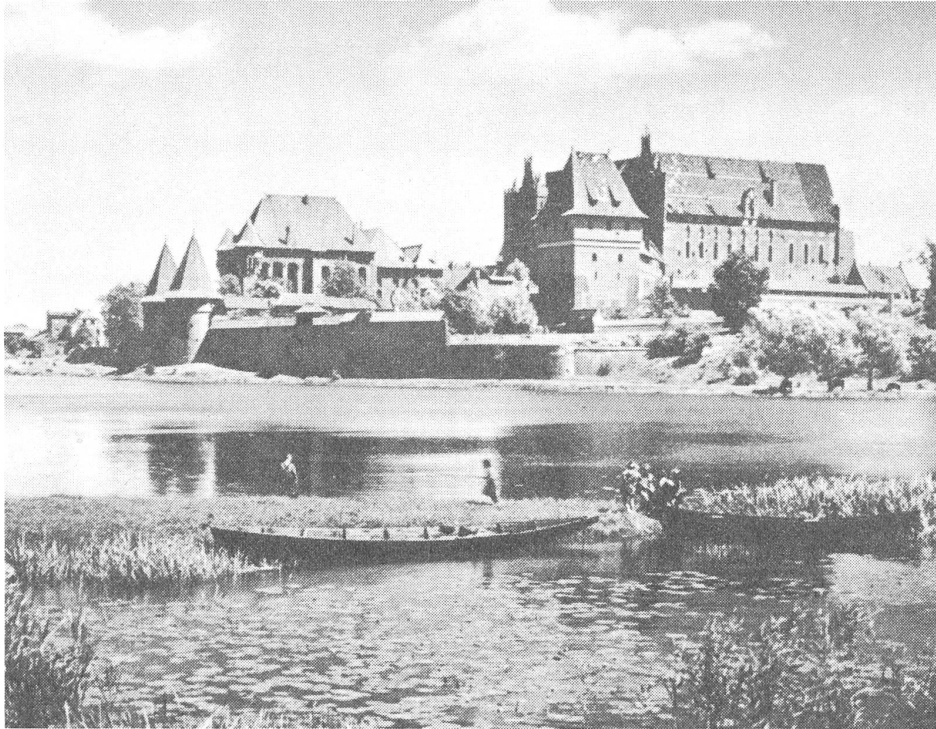
### **Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

**Download PDF:** 18.04.2026

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

## Ostpreussen à rebours



Die Ritterfestung von Marienburg

Unser Zeitbild-Mitarbeiter Jerzy Bahr antwortet diesmal auf einen Leserbrief mit einem Leserbrief.

Unter dem Titel «Ostpreussen von der KSZE vergessen» veröffentlichte das Zeitbild in Nr. 3/1989 einen Leserbrief, dessen Autor H. H.-M. das Verschwinden dieses Landes von der Landkarte Europas bedauert. Leider ist die Argumentation einseitig angelegt, und die Schlussfolgerungen sind, wie mir scheint, falsch ausgefallen.

Gerade in Mittel- und in Osteuropa gibt es ausgesprochen viele solche «Zwischengebiete», in denen sich das Schicksal eines Volkes jahrhundertlang mit dem Schicksal anderer Völker verflochten hat, manchmal auf durchaus dramatische Weise. Darum fällt es zum Beispiel den ungarischen Wissenschaftlern so schwer, sich mit ihren rumänischen Kollegen über die Geschichte Siebenbürgens zu einigen. Die serbische und die albanische Bedeutung von Kosovo, der alte polnisch-litauische Streit um Wilna (Vilnius) und das in drei Teile zerstückelte Mazedonien sind weitere Beispiele von

Gebieten, deren Konflikte sich nicht durch die Parteinahme für das eine oder das andere Volk «richtig» entscheiden lassen.

Ein Zankapfel dieser keineswegs exklusiven Art war nun eine sehr lange Zeit hindurch auch Ostpreussen. Über seinen ethnischen Charakter deutsch-polnisch-litauischer Mischung, über die intensive Germanisierung ab Ende des 18. Jahrhunderts oder über die polnischen katholischen Bischöfe in Ermland sind Hunderte von Arbeiten verfasst worden, und da scheint es mir erstaunlich, wie sehr sich H. H.-M. die Aufgabe vereinfacht hat. Es ist eine bekannte Regel, dass sich uns die Vergangenheit in idealisierter Form präsentiert, aber dieser Perspektive muss man misstrauen, denn sie verführt zu Halbwahrheiten. Im gegebenen Zusammenhang haben wir an einige Tatsachen zu erinnern, die unangenehm sein mögen, aber unabdingbar ins Gesamtbild gehören:

- Die Liquidierung von Ostpreussen als einer administrativen Einheit und die schmerzliche Entscheidung zur Zwangsausiedlung der deutschen Bevölkerung von dort (und anderswo) am Ende des Zweiten

Weltkrieges waren Ausdruck einer eindeutigen Entschlossenheit der Alliierten (einschliesslich der demokratisch regierten USA und Grossbritanniens), den traditionellen deutschen Drang nach Osten für immer unmöglich zu machen.

Diese Entscheidung ist nach dem blutigsten Krieg der Menschheitsgeschichte gefallen. Zu seinen Komponenten hatten von Anfang an Massendeportationen und Massenvertreibungen gehört. So siedelte Hitler etwa Deutschbalten in die zentralpolnische Region um, die zu diesem Zweck den Namen «Warhegau» erhielt, und vertrieb dafür die dortigen Polen.

Um es brutal auszudrücken: Ohne die deutschen Okkupanten, die unermessliches Leid vom Kaukasus bis Norwegen, von Kreta bis Paris oder Warschau gebracht haben, würde es wahrscheinlich bis heute weder die Russen in Königsberg noch die Polen in Stettin geben. Man kann das Thema Ostpreussen sowenig von diesem Teil der Geschichte befreien wie das Thema Israel von den Judenverfolgungen.

In seiner Rede vom 8. Mai 1985 hat der deutsche Bundespräsident Weizsäcker die Deutschen (und nicht nur diese) daran erinnert, dass die Folgen von 1945 ihrerseits eine Folge von 1933 sind. Für die Irrwege von Nationen ist oft ein hoher Preis zu zahlen, und konkret entrichten müssen ihn auch (*auch*) Unschuldige.

- Es trifft zu, dass die Geschichte Ostpreussens viele Beweise für die Toleranz gegenüber Andersgläubigen enthält. Gleichzeitig aber wurde dieses Land mehr als nur einmal zur Angriffsbasis gegen die Nachbarn. Darüber haben die Polen und Litauer einiges zu sagen.

So geschah es seit dem Erscheinen des Ritterordens im 13. Jahrhundert. Ostpreussen machte bei der Teilung Polens im 18. Jahrhundert aktiv mit, und beim deutschen Überfall auf Polen im September 1939 waren die bis zu den Zähnen bewaffneten Ostpreussen ebenfalls beteiligt. Die Pruzzen, das heisst die ursprünglichen baltischen Einwohner Ostpreussens, waren schon im Mittelalter kaum mehr aufzufinden. Sie sind von den deutschen «Kulturträgern» physisch vernichtet worden, mit soviel Gründlichkeit, dass sie heute nur noch als eine Rarität für die Sprachwissenschaftler und Archäologen existieren. Auch wenn die Ordensritter keine planmässige «Endlösung» im Sinn hatten: Ihr Sendungsbewusstsein brachte als Nebenprodukt einen Völkermord hervor.

- Die Menschenverluste in Ostpreussen waren im Endstadium des Zweiten Weltkrieges wirklich sehr hoch. Aber – und dies bleibt in der Einsendung unerwähnt – nicht zuletzt deshalb, weil die Nazis die Evakuierung der Zivilbevölkerung mit gezielter Verspätung durchführten. So kamen die ver-

zweifelten Zivilisten in den Frontlinien um oder auf den Munitionsversorgungswegen. Reiche Ernte hielt der Tod auch unter den Soldaten der beiden Kriegsparteien. Bei Braunsberg kann man einen Friedhof besuchen, wo rund 31 000 Sowjetsoldaten begraben liegen, die allein in dieser Gegend gefallen sind, fast alle einfache Soldaten sicherlich, denen die «grosse Politik» fremd war. Noch früher erfüllte sich das Schicksal der Häftlinge im Konzentrationslager Stutthof sowie das Schicksal der Insassen von 18 Kriegsgefangenenlagern auf ostpreussischem Gebiet; in einem von ihnen, bei Suwalki gelegen, sind 30 000 Menschen umgekommen. Schliesslich war in der Endphase das Schicksal von Tausenden ausländischen Zwangsarbeitern genauso grausam wie das unbestreitbar grausame Schicksal der deutschen Bevölkerung. Das alles zusammen gehört zur Geschichte Ostpreussens.

● In die ehemaligen deutschen Ostgebiete sind verschiedene Bevölkerungsgruppen eingeströmt; heute leben im polnischen Teil Ostpreussens etwa 1,5 Millionen Einwohner. Sie kamen aus dem völlig zerstörten Warschau, aus den niedergebrannten Dörfern von Masovien, vor allem aber aus dem ehemaligen Nordostpolen (Gebiet Wilna). Die dort wohnenden Polen wurden – nicht anders als die Deutschen – von den Sowjets vertrieben. So hat man die angeblichen Sieger den Besiegten gleichgesetzt.

Und diese armen Menschen, die seit 45 Jahren noch die Last des schlechten kommunistischen Systems tragen, haben versucht, eine polnische Gesellschaft wiedererstehen zu lassen, was ihnen in einem überraschenden Ausmass gelungen ist. Sie haben Danzig und Gdingen wiederaufgebaut und darüber hinaus auch die riesige Ordensfestung Marienburg, obwohl sie ihnen das Symbol einer fremden Macht ist. So ging es noch mit andern Baudenkmalern und insbesondere mit den Kirchen, in denen heute das religiöse Leben pulsiert wie nie zuvor. Gewiss ist ein grosser Teil der alten kulturellen Infrastruktur leider zerstört worden, aber daran trägt das gewaltsam eingeführte sozialistische System die Hauptschuld.

Übrigens sollte die Glasnost bald die freie Besichtigung von Königsberg und Umgebung ermöglichen, also von jenem Teil Ostpreussens, den man der UdSSR und speziell der RSFSR (Russland) zugeschlagen hat; Vergleiche zwischen der polnischen und der

russischen Pflege des ostpreussischen Kulturerbes bieten sich dann an.

● In der Bundesrepublik Deutschland haben die deutschen Zwangsausgesiedelten und ihre Nachfolger seit Jahrzehnten die Möglichkeit, das kulturelle Erbe der ihnen verlorengegangenen Gebiete zu pflegen. Eine analoge Möglichkeit bestand für die vertriebenen Einwohner des ehemaligen Ostpolens bis anhin nicht, und daran denkt niemand, der das Schicksal der Ostpreussen betrauert. Noch heute ist es für die Deutschen (beider Staaten) leichter, ihre alte Heimat zu besuchen, als es für die vertriebenen Polen ist, Vilnius, Weissrussland oder Lemberg aufzusuchen. Erst seit einigen Monaten spürt man in diesen Belangen eine gewisse Besserung.

● Wenn sich die KSZE nicht so für Ostpreussen einsetzen konnte, wie es H. H.-M. gewünscht hätte, hat das seinen einsichtigen Grund: Zu den Grundprinzipien der Helsinki-Schlussakte gehören die Unverletzlichkeit der bestehenden Grenzen und die territoriale Integrität der bestehenden Staaten. Man mag diesen Schlusstrich bedauern, der ohne Unterscheidung zwischen gerechten und ungerechten Regelungen gezogen

wurde, aber er hat auch sein Gutes. Auf der Grundlage dieser und ähnlicher Vereinbarungen ist ein Entspannungsprozess in Gang gekommen, der es unter anderem auch den Deutschen aus Ostpreussen erlaubt, regelmässige Kontakte mit ihrer alten Heimat zu knüpfen. Die Gastfreundschaft und die Herzlichkeit der heutigen Einwohner lassen sich nicht garantieren, aber sie bestehen in hohem Masse und sind jederzeit eine Entdeckung wert; manche Vertriebenen haben sie schon gemacht.

Also: Weder war die Vergangenheit so heil, noch ist die Gegenwart so hoffnungslos. Je mehr die Demokratie im Osten ihren Einzug hält und je mehr die Teilung des Kontinents überwunden wird, desto mehr Möglichkeiten werden sich bieten, die alten Wunden zu heilen, die Fehler unserer Väter und Grossväter wiedergutzumachen. Europa, unser Haus, wird uns dann gemeinsam werden, wenn wir einander auf unsern Zimmern frei besuchen dürfen. Und wenn wir es fertigbringen, an den heutigen Bewohnern unseres alten Zimmers sogar Freude zu haben, können wir noch zur Familie werden.

*Jerzy Bahr*

## ZUSAMMENHÄNGE

### Wie wird in der UdSSR das Afghanistan-Abenteuer aufgenommen?

Unbestritten ist, dass man hier das Wort «Afghanistan» nicht mehr hören kann oder nicht mehr hören will. Dies gilt vor allem für die Angehörigen der Gefallenen oder für die vielen Verletzten und Verstümmelten. Nach den jüngst veröffentlichten Zahlen sind rund 30 000 sowjetische Soldaten verkrüppelt aus Afghanistan zurückgekommen, und 15 000 haben dort ihr Leben verloren – unter der Hand spricht man von erheblich mehr Gefallenen, so etwa in einem KGB-Bericht von 1982 (!) von bereits 32 000 Toten bis zu diesem Zeitpunkt. Nur für die Regierung in Moskau ist dieser Konflikt weiterhin existent, solange Nadjibullah und sein Regime in Kabul die Macht in Händen behält. Denn so lange hat der Beistandspakt seine Gültigkeit und so lange werden die Sowjets Waffen dorthin liefern. Die Kremelführung wird alles daransetzen, die herrschende Volkspartei nicht sang- und klanglos untergehen zu lassen. Zudem spielt das Thema Afghanistan in den Südrepubliken der UdSSR eine besondere Rolle, denn zwischen den Zentralasiatischen Gebieten der Sowjetunion und Afghanistans bestehen vielfältige kulturelle und besonders religiöse Bindungen. Moskau muss daran gelegen sein, am Hindukusch kein instabiles oder gar religiös-fundamentalistisches Gebilde wachsen zu lassen. Letztlich waren es ja

genau diese Befürchtungen, die Breschnew und seine Vasallen 1979 zum Einmarsch bewegen haben.

Es wäre falsch, der Sowjetunion ein ähnliches Syndrom wie das «Vietnamtrauma» der USA nach dem verlorenen Krieg in Südostasien andichten zu wollen. Die Medienabhängigkeit in der UdSSR ist nicht mit der in den Vereinigten Staaten vergleichbar. Insbesondere die Presse bleibt trotz Glasnost den politischen Interessen der Regierung verbunden. Gleichwohl ist eine tiefe Verunsicherung insbesondere der Armee und ihrer Führung auszumachen. Die Generalität sieht sich mit einer Niederlage gegen ein Bauern- und Hirtenvolk konfrontiert, und aus dieser Frustrierung könnte schnell eine «Dolchstosslegende» dahingehend entstehen, dass man sich von Gorbatschow im Stich gelassen fühlt. Auf der anderen Seite sehen sich die heimgekehrten Soldaten in der sowjetischen Gesellschaft einer Gleichgültigkeit gegenüber, die kaum Verständnis für ihr Engagement in Afghanistan aufbringt. Viele der Heimkehrer sind drogenabhängig oder dem Alkoholismus verfallen, oder sie sind in Banden organisiert, die nun in der Sowjetunion das fortsetzen, was sie im Krieg gelernt haben. Diese sozialen Folgen des Krieges sind eine schwere Belastung nicht nur für die sowjetische Gesellschaft, sondern auch für die Politik der neuen Kremelherren!

*W. K.*

## BRIEF UND ANTWORT

## Wie Pilet-Golaz?

**Geht das Zeitbild vor lauter Perestrojka-Euphorie auf Anpassungskurs gegenüber einer nach wie vor totalitären Sowjetunion?**

## Der Brief

*Sehr geehrter Herr Brügger,*

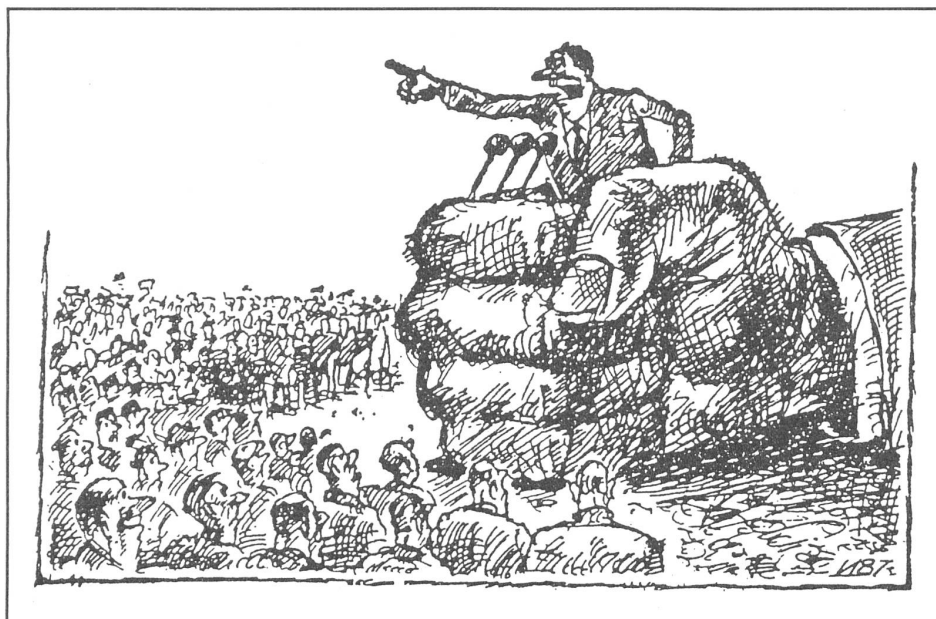
Ihre seinerzeitige euphorische Beurteilung von Glasnost und Perestrojka und dem sich daraus ergebenden Erfordernis einer gewissen Umstellung der Haltung Ihrer Zeitschrift ist mir damals als eine ganz kleine Parallele zur berühmten Rede von Bundesrat Pilet-Golaz vom Juli 1940 erschienen. Auf Wunsch des Generals habe ich im Aktiviendienst meine Offiziere, Unteroffiziere und Soldaten die Radio-Rede des «Herrn Bundespräsidenten» anhören lassen, um unmittelbar danach scharf dagegen und gegen «Politiker wie Pilet» Stellung zu nehmen. Nun, im Falle Ihrer Zeitschrift dachte ich (und denke ich noch), ich könnte sie gegebenenfalls abbestellen.

Ihre Fragen an das Ehepaar Nadgorni im Zeitbild vom 23. 2. 1989 haben mich zunehmend peinlich berührt. Konnte man anfangs noch denken, die Fragen seien absichtlich

etwas provokativ gestellt, um plastische Antworten zu erhalten, wurde man in der Folge und vor allem durch Ihren Hinweis an die «Lieben Leser» eines Besseren belehrt, nämlich einer gewissen Besserwisseri.

Aber was ist von Gorbatschow zu halten? Im Komsomol und im KGB gross und erfolgreich geworden, nun vor einem allseitigen marxistischen Scherbenhaufen stehend, deshalb Stalin fallen lassend und sich nun auf Lenin stützend. Was bedeutet das? Siehe dazu Solschenizyns Archipel Gulag, bezüglich Lenin Band I, S. 289ff, bezüglich Chruschtschow Band III, S. 539ff (Zulassung von «Iwan Denissowitsch» und von Nowotscherkassk). Für heute verweise ich auf Armenien und auf das, was Bukowski im «Kontinent», Heft 1/1989, schreibt, S. 6ff und insbesondere S. 17. Ob die Breschnew-Doktrin eines schönen Tages nicht wiederholt wird in Warschau und Budapest?

Ich denke, das Zeitbild muss vorsichtiger sein, und grüsse Sie freundlich R. S.



*Die Enttabuisierung auch Lenins. Karikatur in der lettischen Monatszeitschrift «Rodnik», Nr. 10/1988.*

## Die Antwort

*Sehr geehrter Herr Dr. R. S.,*

Manche Ihrer Vorwürfe (und übrigens oft genug von Hinweisen auf Bukowski begleitet) sind mir nicht nur bekannt, sondern ernsthaft vertraut. Sie gehören zu den Diskussionen an meinem Arbeitsplatz, in meinem Familien- und Freundeskreis, in sonstigen Begegnungen mit politisch interessierten Leuten, und was ich im Zeitbild darüber schreibe und bringe, gehört zur Debatte über ein Hauptthema der letzten zwei Jahre, über die Perestrojka.

Neu und unfassbar hingegen ist der Vorwurf, den Sie – zwar indirekt, aber deutlich genug – erheben, wenn Sie unsere Äusserungen über das sowjetische Geschehen in Parallele setzen mit der Anpassungsrede von Bundesrat Pilet-Golaz gegenüber dem totalitären Deutschland des Nationalsozialismus. Die Unterstellung ist zunächst ganz einfach zurückzuweisen. Wir vom Schweizerischen Ost-Institut – und da zähle ich mich dazu – haben uns jahrzehntelang eben dadurch von andern politischen Meinungsträgern unterschieden, dass wir die Anpassung an den zeitgenössischen Totalitarismus verweigert haben, gegen den mindestens publizistischen Zeitgeist und seine Belohnungen. Da ist auch die kleinste Parallele zur seinerzeitigen Rede von Pilet-Golaz schlicht aberwitzig, und sie zu ziehen, sollte gerade einem Mann nicht in den Sinn kommen, der den modischen Kotau vor einer mörderischen Diktatur, die sich im Namen des Sozialismus anschickte, Europa neu zu ordnen, ebenso verweigert hat, wie wir ihn der Paralleldiktatur verweigert haben, contre vents et marées. Das darf und muss hier gesagt werden.

Indessen gewahre ich aus der Gesamtheit Ihres Textes, dass Sie weniger den Schimpf

als das Argument meinen, und deshalb will ich darauf eingehen, so sehr mir auch die total verkehrte Thematik gegen den Strich geht.

Pilet-Golaz machte sich vor einer totalitären Drohung klein, die im Kommen war, auf dem Höhepunkt ihrer Arroganz nach aussen und in der unverschämtesten Bekundung ihres verbrecherischen Willens nach innen, wo sie im Begriff war, ihre Doktrin in millionenfache Massenmorde umzumünzen. Und eben das, das Potential ihrer akuten Macht, war für die Anpasser der Anlass, dieser Neuordnung mit Verständnis zu begegnen. Sie hielten es für die richtige Lebensversicherung, sich den scheinbar allmächtigen Eroberern gegenüber devot zu verhalten. Und das nun ist das genaue Gegenteil von dem, was wir tun, wenn wir uns zu den sowjetischen Entwicklungen äussern, die in die Gegenrichtung führen.

Nun mag man uns vorhalten, dass wir uns in der Wertung des sowjetischen Geschehens irren, ob es um die Einzelheiten gehe oder um ihre Summierung. Unmissverständlich bleibt dabei unser moralisches Verhalten: Unsere Billigung gilt dem, was den Totalitarismus abträgt, und unsere Missbilligung gilt dem, was ihn kittet. Und wenn wir aus den vielen Indizien nach besten Kräften die Bilanz ziehen, passen wir uns nicht der totalitären Macht an, sondern ihrem Abbau.

Über unsere laufende Beurteilung, die laufend der Überprüfung bedarf, kann man geteilter Meinung sein, und der diesbezüglich anderen Meinung öffnen wir denn auch immer wieder unsere Zeitung. Das Interview mit dem Ehepaar Nadgorni war eines von etlichen Beispielen dafür. Ich war bemüht, glaube ich, die guten Argumente meiner Gesprächspartner so vorteilhaft wie möglich wiederzugeben, und dass ich deswegen auf meine eigenen Argumente verzichten sollte, war das letzte, was die beiden gefordert hätten. Sie waren im Gegenteil für die offene Behandlung der kontroversen Punkte dankbar und wussten sich ernstgenommen; es war ein gutes Gespräch.

Ich hoffe, dass das Zeitbild die Diskussion redlich weiterführen wird, und grüsse Sie freundlich  
Christian Brügger

## ALLTAG DRÜBEN

### Ein Fall von Gegenglasnost in Bulgarien

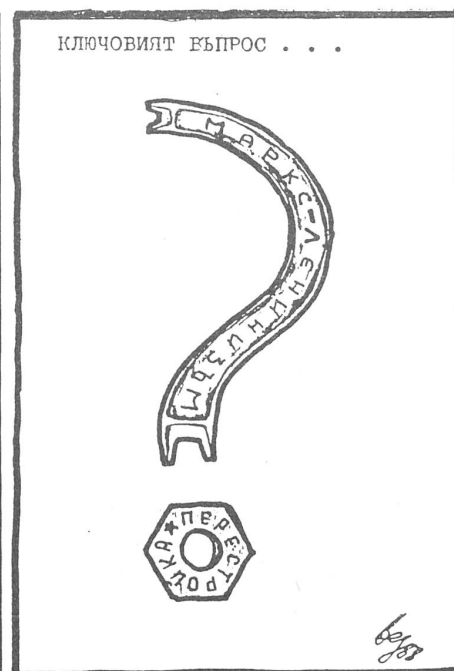
**Noch immer gibt es in Osteuropa die polizeiliche Unterdrückung von Andersdenkenden, erratisch sogar in den Ländern auf Reform- oder Umgestaltungskurs und systematisch in den andern, denn dort gehört sie zum regimigestalteten Alltag. Wir zeigen das heute an einem Fall aus Bulgarien.**

In Plovdiv haben Sicherheitsdienst und Polizei eine Gruppe von Personen zerschlagen, welche aus den bulgarischen Lippenbekenntnissen zu den sowjetisch inspirierten Neuerungen reale Schlüsse ziehen wollen.

Ein Jahr zuvor, im Januar 1988, war in Bulgarien die «Unabhängige Vereinigung zur Verteidigung der Menschenrechte» gegründet worden und war danach in organisatorisch loser Form tätig, indem sie Vorschläge zu gesellschaftlich-politischen Reformen formulierte und Unterlagen zur gegenwärtigen Situation zusammentrug. Am 11. Januar 1989 versammelten sich die Mitglieder in Plovdiv, um ihrer Vereinigung definitive Statuten zu geben, was ihren Anspruch auf eine unabhängige Organisation bekundete. Hier griff nun die Polizei ein und nahm sämtliche Anwesende (rund zwei Dutzend) fest. Bis zum Februar wurden die meisten von ihnen aus dem Gefängnis entlassen und unter Hausarrest gestellt; drei Personen blieben in Haft, ohne dass bis dahin gegen sie Anklage erhoben worden wäre.

Darüber hinaus nahm die Polizei auch Hausdurchsuchungen vor und beschlagnahmte die gesamte Dokumentation der Gruppe. Noch weiter ging sie im Fall Schriftstellers Peter Manolov, den die Vereinigung zu ihrem Generalsekretär gemacht hatte. Man konfiszierte ihm sämtliche Manuskripte und persönlichen Unterlagen, die Arbeit von 30 Jahren. Etliche Blätter wurden von den sechs Untersuchungsbeamten, die man zu dieser Aktion aufgeboden hatte, aus Fahrlässigkeit oder Vorbedacht zerknüllt und angerissen. Die Ehefrau des Schriftstellers musste ein Protokoll unterschreiben, in welchem das beschlagnahmte Gut lediglich summarisch aufgeführt war.

Peter Manolov trat in einen Hungerstreik, dem sich andere Mitglieder oder Sympathisanten der Vereinigung anschlossen, und forderte in einem Brief an Staats- und Parteichef Schiwkov die Rückgabe seiner Manuskripte. Kopien seines Schreibens sandte er an westliche Schriftsteller- und



*Der Schlüssel des Marxismus-Leninismus ist zu klein, um die Perestrojka zu drehen. Karikatur aus der bulgarischen Exilzeitschrift «Bydeschtsche», Paris, Nr. 5/1988*

Menschenrechtsorganisationen. Wenigstens erreichten sie die Adressaten, aber in Bulgarien blieb es bei der Massregelung von Personen, welche das Menschenrecht auf Vereinigungsfreiheit in Anspruch genommen hatten. cb